Postkarte bedurft hätte, die von Dresden nach Berlin geschrieben wäre, und das Meer von Tinte, welches nachher über diesen neuen skandalösen Fall von Opportunismus in der Partei verschrieben worden ist (Heiterkeit), und diese ellenlangen beschriebenen Papierstreifen wären überflüssig gewesen, es wäre sehr leicht zu einer Verständigung gekommen.

Nun noch eine Erklärung. Man war so neugierig zu fragen, welche Vorstandsmitglieder die Verantwortung dafür tragen wollen. Wir haben darauf nicht geantwortet, weil wir auf dem Standpunkt stehen: man kann mehr fragen, als man beantworten kann. (Heiterkeit.) Läßt man sich erst auf das Frage- und Antwortspiel ein, so ist überhaupt nicht fertig zu werden. Hier aber auf dem Parteitage, wo wir Rede und Antwort zu stehen haben, sehe ich keinen Grund ein, zu verhehlen, daß von den fünf Vorstandsmitgliedern vier an der ursprünglichen Beschlußfassung theilgenommen und auf die Frage, ob der Löbtauer Fall in die Rubrik gehört, sämmtlich gesagt haben, der Fall gehöre nicht hinein. Das fünfte Mitglied war abwesend.

Wenn dann noch weiter dieser Beschluß des Vorstandes als ein neuer Beweis dafür angesehen wurde, wie weit der Opportunismus in der Partei bereits Platz gegriffen habe, wie sehr das proletarisch-revolutionäre Empfinden selbst in der Parteileitung schon abgeblaßt sei, so habe ich darauf, offen gestanden, zur Zeit keine Antwort. Wir werden uns über diese Fragen ja im Laufe der Verhandlungen noch öfter unterhalten. Im Uebrigen muß es auch Opportunisten geben; wo bekämen sonst die rein „proletarisch-revolutionären" Parteitaktiker ihre Beleuchtung her? (Große Heiterkeit und Beifall.)

Gerisch erstattet den **Kassenbericht.** In dem Vorstandsbericht wird der Kassenabschluß als ein durchaus günstiger bezeichnet und ist als solcher von der Partei und der gegnerischen Presse genugsam besprochen worden. Klagelieder hätten also jetzt keinen Sinn; aber die Ziffern selbst zeigen Ihnen doch, daß auch ein weniger günstiger Kassenabschluß dem günstigen folgen kann. Von den 254 743 Mk., die Sie als Partei-Einnahmen verzeichnet finden, sind 185 767, also die größere Hälfte, verzeichnet unter „Mann im Mond", „Nordische Wasserkante", „Vorwärts Buchhandlung", „Ueberschuß der Löbtauer Sammlung" u. s. w. Die Anforderungen an die Zentralkasse können nicht mehr befriedigt werden aus den allgemeinen Einnahmen, soweit sie aus Parteibeiträgen bestehen. Wir können auf die Hilfe der großen Geschäfte nicht mehr verzichten. Aber auch die 118 975 Mk. eigentliche Einnahmen geben in ihren Bestandtheilen sehr zu denken. Sie finden eine große Masse von Parteiorten garnicht, eine Anzahl größerer Parteiorte nur mit minimalen Beiträgen in der Liste. Allerdings halten eine Reihe von Parteiorten noch die gute, alte Tradition, in jedem Monat ihre Beiträge an die Parteikasse abzuliefern oder wenigstens den entsprechenden Jahresbeitrag zu leisten, aufrecht, aber ein oberflächlicher Blick auf die Liste zeigt Ihnen, daß die Zahl dieser Orte eine sehr geringe ist. Die Zahl der Parteiorte, die regelmäßig Gelder an die Zentralkasse absenden, ist leider wieder zurückgegangen.

Um so mehr muß die Opferwilligkeit des größten Parteiortes, Berlin, anerkannt werden. Die Leistungen der Berliner Genossen sind mustergiltig und über alles Lob erhaben. (Bravo!) Hat doch Berlin ohne Vororte von den 118 975 Mk. nicht weniger als 63 274 Mk. aufgebracht, während das ganze übrige Deutschland nur 55 700 Mk. aufbrachte. Berlin hat also 8000 Mk. mehr als das gesammte Deutschland geleistet. Die Berliner Genossen handeln wirklich vorbildlich für die übrigen Genossen in Deutschland. (Bravo!) Wenn wir in der Lage waren, Unterstützungen für die Gemaßregelten und Verfolgten in großem Umfange zu gewähren, wenn wir die Agitation in die entferntesten Gegenden tragen konnten, so verdanken wir dies zu einem großen Theile der Opferfreudigkeit der Berliner Genossen. Möge ihr Beispiel Nachahmung finden, damit die Liste der Parteiorte, die Beiträge an die Zentralkasse einsenden, nicht immer mehr zusammenschrumpft.

Nun noch einige Angaben über den Stand der **Parteipresse.**

Soweit die täglich erscheinenden Partei-Organe in Betracht kommen, ist eine sehr erfreuliche Zunahme zu konstatiren. Die täglich erscheinenden Blätter haben jetzt 332 302 Abonnenten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 42 302. Dieses Mehr besteht nicht vollständig aus neu gewonnenen Abonnenten. Ein großer Theil Abonnenten ist dadurch hinzugekommen, daß Organe, die dreimal oder zweimal wöchentlich erschienen, Tagesorgane geworden sind. Dem entsprechend hat sich die Zahl der zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter vermindert. Die Jahreseinnahmen der Tagesblätter aus Abonnementsgeldern betrugen 2 257 204 Mk.; aus Inseraten 1 197 709 Mk., zusammen 3 454 913 Mk. Das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von stark über einer halben Million. (Bravo!)

Aber das kommt in erster Linie auf die Verschiebungen zurück, die in Folge der Erscheinungsveränderung eingetreten sind. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben gegenwärtig 39 456 Abonnenten, sie haben ca. 22 000 Mk. an die täglich erscheinende Presse abgegeben. An Abonnementsgeldern haben sie eingenommen 141 273 Mk., für Inserate 70 506 Mk., zusammen 211 779 Mk. Die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 14 279 Abonnenten, 44 098 Mk. Abonnementsgelder, 48 251 Mk. Gesammteinnahmen. Die einmal wöchentlich erscheinenden haben selbstverständlich nur geringe Einnahmen. Ihre Abonnentenzahl ist um 3000 gestiegen, hauptsächlich zu Gunsten des „Armen Teufels" in der Lausitz. Ihr gegenwärtiger Abonnentenstand beträgt 14 279, ihre Einnahme aus dem Abonnement 23 871 Mk., ihre Gesammteinnahmen 24 618 Mk. Insgesammt hatte die deutsche Parteipresse im verflossenen Jahre Einnahmen im Betrage von 2 464 946 Mk. aus Abonnements, 1 274 615 für Inserate, zusammen 3 739 561 Mk., gegen das Vorjahr im ganzen 461 598 Mk. mehr. Der Gesammt-Abonnentenstand unserer Presse beträgt augenblicklich gegen 400 000, eine Zunahme gegen das Vorjahr um 21 000—22 000. Davon entfallen als wirklich neue Abonnenten auf die Tagesblätter 16 000, auf die 3 mal wöchentlich erscheinenden Zeitungen 2000 und auf die einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen ca. 3000. Wenn somit der Fortschritt der Parteipresse nicht so günstig gewesen ist, wie im Vorjahre, so ist zu bedenken, daß im vorigen Jahre Reichstagswahlen stattfanden; nach den Wahlen muß man schon sehr zufrieden sein, wenn die Zeitungen ihren Abonnentenstand behaupten; alle haben das nicht vermocht.

Wir werden auch im neuen Jahre alles aufbieten, um unserer Parteipresse immer neue Gebiete zu eröffnen, damit im nächsten Jahre dem Parteitag wieder erfreuliche Mittheilungen über den Stand unserer Parteizeitungen gemacht werden können. (Beifall.)

Meister erstattet den **Bericht der Kontrolleure.** Die Revisionen der Kasse wie beim „Vorwärts", sind regelmäßig erfolgt, auch die Geschäftsführung der Buchhandlung ist auf Wunsch des Besitzers geprüft worden; alles ist in Ordnung befunden worden. Eigentliche Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Koburger Angelegenheit konnte von uns nicht erledigt werden, wir mußten es den Koburger Genossen selbst überlassen. Eine in letzter Stunde aus Bielefeld eingegangene Angelegenheit persönlicher Natur werden wir wohl gleichfalls an die Bielefelder zurückverweisen müssen. Für uns Kontrolleure war das letzverflossene Geschäftsjahr ein durchaus erfreuliches Zeugniß. Ich beantrage Decharge für den Gesammt-Vorstand.

Es erfolgt nunmehr die Diskussion zum allgemeinen Theil.

Ledebour-Dresden-Land: vertheidigt den Dresdener Antrag betreffend die Nichtregistrirung des Löbtauer Urtheils. Der gute Glaube des Vorstandes ist

Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihre Grundsätze und Grundforderungen, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, d. h. aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu werden, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken.

Durch Annahme der Resolution sind die Anträge 43, 44, 45, 46 und 52 erledigt.

Es werden nunmehr der **Bericht der Kontroleure** und in Anschluß daran der **Bericht der Neuner-Kommission** über die eingelaufenen Beschwerden entgegengenommen.

Meister: Ich habe schon bei Erstattung unseres Berichtes angedeutet, daß nachträglich noch eine Beschwerde eingegangen ist. Es betrifft dies das frühere Mitglied unserer Partei Schreck in Bielefeld, der seiner Zeit freiwillig ausgetreten ist, dann von Bielefeld nach Kassel übersiedelte und jetzt nach Bielefeld zurückkehrte und nunmehr wieder seine Aufnahme in die Partei beantragte. Die Bielefelder Genossen sind der Meinung, die dortigen Verhältnisse lassen es heute noch wünschenswerth erscheinen, daß Schreck der Partei nicht angehöre, und lehnten das Gesuch mit großer Mehrheit ab. Der Partei-Vorstand wies eine Beschwerde Schrecks zurück. Die Kontroleure sind nun der Meinung: wenn es sich um einen Ausschluß handelte, dann würden wir uns zur Entscheidung für kompetent erachten; die Frage der Aufnahme ist aber Sache der dortigen Genossen. Wir empfehlen dem Parteitag, dieser unserer Auffassung, welche auch der Partei-Vorstand der Beschwerde Schrecks gegenüber vertreten hat, sich anzuschließen und damit die Beschwerde als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag erhebt diesen Antrag zum Beschluß.

Im Auftrage der Neuner-Kommission referirte über die ihr zur Untersuchung überwiesenen Streitfälle:

Brühne: Der erste Fall betrifft den früheren Genossen Peindorf-Hamburg. Derselbe war mit großer Mehrheit aus dem dortigen Wahlverein des 3. Kreises ausgeschlossen worden, beschwerte sich beim Partei-Vorstand, dieser lehnte ein Eintreten ab, auch wir nahmen mit dem Partei-Vorstand an, daß bei der ausgezeichneten Organisation und Disziplin der Hamburger Genossen die Angelegenheit formal und materiell völlig geregelt sei. Wir schlagen Ihnen deshalb Uebergang zur Tagesordnung über den Fall Peindorf vor.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Brühne geht auf den zweiten Fall, die Angelegenheit **Lütgenau**, ein: Der Fall ist den Genossen zur Genüge bekannt. Zwar hat nicht Lütgenau selber Beschwerde erhoben, sondern die Neuner-Kommission hat auf Anregung des Delegirten aus Essen sich mit der Angelegenheit befaßt. Bekanntlich hat der Partei-Vorstand die Entlassung Lütgenaus seiner Zeit verfügt, weil er die Verantwortung nicht länger mehr glaubte tragen zu können für dessen fernere Parteithätigkeit. Unter Zuziehung der Delegirten aus dem Ruhrrevier und der Genossen Auer, Gerisch und Pfannkuch haben wir die Sache nochmals untersucht, weil die Genossen aus dem Ruhrrevier verlangten, daß der Parteitag endgültig Stellung nehme. Lütgenau hält noch immer Versammlungen ab und hat noch einen gewissen Anhang. Wir können — und zwar im Interesse Lütgenaus — die Einzelheiten, die zu seiner Entfernung führten, hier nicht öffentlich erörtern, aber Sie dürfen zu der von Ihnen gewählten Neuner-Kommission das Zutrauen haben, daß sie ohne Vorurtheil und nach gründlicher Prüfung der Sachlage ihren Beschluß gefaßt hat. Von vornherein wollen wir — entgegen vielfach verbreiteter Auffassung — betonen, daß der bekannte Prügelstrafen-Artikel für das Vorgehen des Partei-Vorstandes garnicht maßgebend war, obgleich wir

alle einstimmig den Artikel mißbilligen. Wir können Ihnen aber als einstimmigen Beschluß der Kommission folgende Resolution vorschlagen:

Erklärung.

Die Neuner-Kommission hat, der Anregung des Delegirten für den Wahlkreis Essen folgend, sich mit der Angelegenheit Lütgenau beschäftigt.

Da Lütgenau selbst Beschwerde über die vom Partei-Vorstande gegen ihn getroffenen Maßnahmen nicht führt, hat die Kommission die anwesenden Delegirten aus dem Ruhrgebiet: die Vertreter der Wahlkreise Dortmund-Hörde, Bochum, Essen, Lüdenscheid und Hagen, sowie einige Mitglieder der Parteileitung über die Angelegenheit vernommen.

Die Kommission hat nun aus den erhaltenen Mittheilungen nicht nur die Ueberzeugung gewonnen, daß der vom Partei-Vorstand gefaßte Beschluß: die Verantwortung für jede fernere Parteithätigkeit Lütgenaus abzulehnen, vollständig begründet und berechtigt ist, sie schlägt vielmehr einstimmig dem Parteitag vor, zu erklären:

Eine Reihe von Handlungen Lütgenaus waren derart, daß er durchaus unwürdig ist, noch irgend welche Vertrauensstellung in der Partei zu bekleiden.

Die Kommission konstatirt, daß, bei einstimmiger Verurtheilung der dort ausgesprochenen Ansichten, der Artikel über die Prügelstrafe nicht den Anlaß zum Vorgehen gegen Lütgenau gegeben hat.

Ledebour: Ich verstehe nicht, wie wir hier eine Entscheidung in einer Sache fassen sollen, deren Einzelheiten wir nicht kennen; ich habe volles Zutrauen in die Loyalität der Kommission und deren gerechtes Urtheil; aber formell sind wir garnicht in der Lage, ein Urtheil zu fällen; wir können höchstens den Bericht der Kommission mit Befriedigung entgegennehmen.

Bebel: Die Kommission mußte nach Kenntnißnahme der Einzelheiten die vorgelegte Erklärung beschließen. Genosse Ledebour hat vielleicht in Bezug auf die formale Seite recht, es ist eine merkwürdige Zumuthung, einen Genossen jeder Parteithätigkeit für unwürdig zu erklären. Aber Sie müssen doch auch bedenken, daß der Partei-Vorstand die Sache des genauesten untersucht und ein Maß von Nachsicht und Geduld dabei verrathen hat, daß ich schließlich erklärte, wir können nunmehr ein ferneres Zusehen nicht mehr verantworten. Hier können wir die Einzelheiten nicht erörtern, und zwar, wie ich ausdrücklich hervorheben will, weil dadurch Lütgenau geradezu ruinirt würde; auch eine Reihe anderer Dinge würden in keinem schönen Lichte erscheinen. Damit aber die Sache endlich einmal endgültig aus der Welt geschafft wird, und zwar im Interesse der Partei, müssen wir dem Beschluß der Kommission zustimmen.

Ostkamp-Essen: In der ganzen Parteigeschichte ist wohl kein Fall bekannt, der trotz aller Beschlüsse der in Betracht kommenden Instanzen doch garnicht zur Ruhe kommen will. Denn Lütgenau hat es immer wieder verstanden, die Sachlage zu verschieben und es so hinzustellen, als ob der Beschluß des Partei-Vorstandes nur aus persönlicher Animosität gegen ihn gefaßt sei. Der Parteitag hat nun dem Drängen der Genossen aus dem Ruhrbecken nachgegeben und die Sache nochmals mit uns Delegirten aus dem Ruhrgebiet geregelt — und das war ja auch nothwendig, denn eben jetzt ist Lütgenau wieder vom sozialdemokratischen Wahlverein in Düsseldorf zu Vorträgen engagirt worden — und die Delegirten aus Essen und dem Ruhrrevier sind einmüthig für die Resolution der Neunerkommission.

Ledebour: Ich stelle folgenden Antrag:

„Nach Anhörung des Kommissionsberichts geht der Parteitag über die Frage Lütgenau zur Tagesordnung über."

So gerechtfertigt auch die Wünsche der Genossen aus dem Ruhrrevier sind und obwohl auch nach meiner Ueberzeugung Lütgenau kein Unrecht geschieht, geht es